

„Breite vor Tiefe nicht finanzierbar“

Interview mit Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD im Bundestag, über Haushaltszwänge und Nato-Kooperationen

Herr Arnold, die Nato-Staaten sind aus finanziellen Gründen gezwungen, militärisch enger zusammenzuarbeiten. Wo sollten sie damit anfangen?

Sie sollten dort beginnen, wo nicht gleich die nationalen Souveränitäten diskutiert werden müssen. Ich denke in einem ersten Schritt an gemeinsame Ausbildung, Logistik und Beschaffung und in einem zweiten Schritt an gemeinsame Luftaufklärung sowie Cyberabwehrfähigkeiten.

Worin konkret sollten die Nationen ihre Soldaten gemeinsam ausbilden?

Überall dort, wo es besonders teuer ist. So sollten Flugzeuge, Hubschrauber und Simulatoren in einer gemeinsamen Ausbildungseinrichtung von möglichst vielen Nationen genutzt werden.

Das setzte voraus, die Nato-Staaten würden ähnliche oder gleiche Flugzeugmuster fliegen. Ihre Vorstellung wird wohl unerfüllbar bleiben.

Das sehe ich nicht so. Der A400M etwa bietet die Gelegenheit zur Kooperation der Staaten, die das Flugzeug beschaffen. Gleiches gilt für die Einführung des Transporthubschraubers NH90 oder die Ausbildung der Eurofighter-Piloten.

Schon seit Jahren verabschieden die Nato-Staaten Erklärungen, in denen sie eine engere Zusammenarbeit bekunden. Warum ist es damit trotzdem nicht weit her?

Weil die Zwänge dazu noch nicht groß genug waren. Das hat sich jetzt geändert. Alle Mitgliedsstaaten sind zum Sparen gezwungen, um Haushalt und Schulden in den Griff zu bekommen. Das sollte man dann aber auch so sagen und nicht den Sparzwang als Reform verkaufen. Was derzeit mit der Bundeswehr geschieht, macht sie nicht leistungsfähiger und spart auch kein Geld. Für eine wirkliche Reform werden wir uns von der nicht mehr finanzierbaren Formel „Breite vor Tiefe“ verabschieden und auf bestimmte Fähigkeiten konzentrieren müssen. Ich erwarte, dass die Bundeswehr nach der kommenden Bundestagswahl weiteren Veränderungen unterzogen wird.

Auf welche Fähigkeiten kann sie verzichten?

Als Oppositionspolitiker werde ich nicht die Arbeit der Regierung machen. Sollte die SPD im kommenden Jahr regieren, dürfen Sie eine Antwort auf diese Frage erwarten. Klar ist, dass die vom Verteidigungsminister beschlossene Reduzierung des Marine-Umfangs und der Hubschrauberzahl in Luftwaffe und Heer der falsche Weg ist. Das muss rückgängig gemacht werden.

Die Niederlande haben ihre Panzer abgeschafft – und bereuen es bereits. Sollte über den Verzicht auf militärische Fähigkeiten nicht ein breiter gesellschaftlicher Konsens herrschen?

Darüber darf in der Tat nicht nur in Expertengremien diskutiert werden. Es kann jedenfalls nicht dabei bleiben, dass die Bundeswehr vieles mittelmäßig, aber nichts wirklich hochklassig kann. Damit machen wir uns nicht zuletzt im Kreis derjenigen Nato-Partner unglaubwürdig, die wie wir vom Sinn einer Lastenteilung überzeugt sind.

Beim Blick auf die Bundeswehrreform entsteht der Eindruck, dass Deutschland an einer stärkeren militärischen Integration in Nato und EU gar nicht wirklich interessiert ist. Woran liegt das?

Die Bundesregierung ist insgesamt beim Thema vertiefte europäische Sicherheitspolitik und vertiefte Nato-Integration völlig uninspiriert und unambitioniert. Es kommen keine Impulse, obwohl viele Länder gerade in diesem Bereich auf Deutschland warten.

Liegt es nicht auch daran, dass die Militärs möglichst wenig Waffensysteme verlieren wollen?

Sicher, aber sie müssen begreifen, dass nicht mehr alles zu finanzieren ist. Auch der Militärführung sollte daran gelegen sein, dass die Bundeswehr eher Spitzen- als Mittelmaß in der Nato ist. Und strategisch betrachtet kann es nur klug sein, wenn die Staaten ihr noch vorhandenes Geld intelligent nutzen, indem sie sich auf hohem Niveau spezialisieren, sich mit ihren Fähigkeiten ergänzen und gemeinsam füreinander einstehen.



Kazda / Bundeswehr

Der neue Kampfhubschrauber „Tiger“ während einer Übung in Munster

„Die vom Verteidigungsminister beschlossene Reduzierung des Marine-Umfangs und der Hubschrauberzahl in Luftwaffe und Heer ist der falsche Weg. Das muss rückgängig gemacht werden.“

Das ist sinnvoller, als wenn jeder im Bündnis un- abgestimmt und unkoordiniert seine Streitkräfte und damit das militärische Potenzial der gesamten Nato immer weiter kappt.

Dazu muss man sich aufeinander verlassen können. Das Verhalten Deutschlands während des Libyenkriegs, als es seine Besatzungen aus den Awacs-Flugzeugen abzog, aber gleichzeitig der Einrichtung einer Flugverbotszone in den Bündnisgremien zustimmte, ließ einmal mehr Zweifel in der Nato an Deutschlands Verlässlichkeit aufkommen. Wie wollen Sie das künftig verhindern?

Es wird immer wieder gemutmaßt, der Parlamentsvorbehalt bei Bundeswehreinräsen stünde einer tieferen Integration Deutschlands bei gemeinsamen Projekten in Nato und EU entgegen. Dabei hat der Bundestag noch keinen Beschluss gefasst, der eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer Nato-Mission verhindert hätte. Im Fall Libyen war es die Bundesregierung, die die Entscheidung zum Abzug der Soldaten aus den Awacs-Maschinen getroffen hatte.

Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat von den Mitgliedsstaaten gefordert, künftige Beschaffungsvorhaben abzustimmen und neue Waffensysteme gemeinsam zu entwickeln. Wo bieten sich Rüstungskoperationen besonders an?

Bei allem Verständnis für die wirtschaftlichen Belange der einzelnen Nationen werden sich große, teure Rüstungsprojekte national nicht mehr

finanzieren lassen. Dazu sind die Stückzahlen zu gering. Wir müssen allerdings die richtigen Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Es kann nicht sein, dass wir, wie etwa beim Hubschrauber NH90 oder „Tiger“, in einem multinationalen Verbund ein Waffensystem entwickeln, dessen Produktion und Auslieferung dann jedoch verkompliziert und verzögert wird, weil die beteiligten

Nationen unterschiedliche Standards und Versionen bevorzugen. Wenn gemeinsame Projekte, dann ein gemeinsamer Standard und ein Modell. Nur dann ist auch eine gemeinsame standardisierte Logistik und Ausbildung möglich. Das würde dann wirklich Kosten senken.

Beim Blick auf die Verzögerungen, Abstimmungsschwierigkeiten und Qualitätsprobleme etwa bei NH90 und „Tiger“ spricht derzeit nicht allzu viel für weitere multinationale europäische Projekte.

In der Tat gibt es sowohl unter Politikern als auch unter Militärs aufgrund der schlechten Erfahrungen mit multinationalen Beschaffungen große Skepsis an weiteren Projekten in dieser Konstellation. Das liegt aber daran, dass mancher meint, seine Nation benötige eine ganz spezielle Version eines Systems. Das darf es so nicht mehr geben.

Das Gespräch führte Marco Seliger.



Rainer Arnold

Geboren 1950 in Stuttgart, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags, seit zehn Jahren verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. War vor seiner Wahl ins Parlament als EDV-Fachbereichsleiter an der Volkshochschule Stuttgart tätig.